



DETROIT WEIT WEG?

Von Achim Czulwick – Ratsmitglied (AUF Witten)

Am 18.07.2013 meldete die US Metropole Detroit Insolvenz an. Die Stadt, einst Zentrum der nordamerikanischen Autoindustrie, hat 18,5 Milliarden Dollar Schulden (14 Milliarden Euro). Die Auswirkungen für die Bürger werden dramatisch sein. Schon jetzt gibt es offiziell über 18% Arbeitslose. Fast 40% der Einwohner gelten als arm, jedes zweite Kind ist auf Lebensmittelmarken angewiesen.

Von ehemals 1,8 Millionen Einwohner sind noch 635.000 in Detroit gemeldet. Straßen und Stadtteile wirken wie eine Geisterregion. 80 000 Wohnungen stehen leer.

Kommt da nicht der Gedanke: Was steht uns eigentlich hier in Deutschland bevor? Nehmen wir nur unsere eigene Stadt und die Verhältnisse in den Kommunen.



WITTENS EIGENKAPITAL AUFGEBRAUCHT

Auch wenn, vor allem vor Wahlen wie der Bundestagswahl, die Wahrheit als erstes stirbt, ist es doch entgegen aller Schönrederei eine Tatsache:

Witten hat sein Eigenkapital aufgebraucht und ist somit pleite.

Die Stadt an der Ruhr steht unter der kommunalen Aufsicht der Bezirksregierung Arnsberg. **Diese fungiert in gewisser Weise bereits als eine Art Konkursverwalter.** Die Genehmigung des Haushaltes ist davon abhängig, dass vor allem die Gläubiger, also in erster Linie die Banken, bedient werden.

Das ist der Kern der weitläufig als

„Sparen“ bezeichneten Programme. Hierfür werden sogar Kinderspielplätze geschlossen. Investitionen in Straßen, Schulen und andere notwendige Maßnahmen finden aus eigenen Mitteln nicht mehr statt.

Wenn, wie mit dem sogenannten **Stärkungspakt**, Gelder für dringend notwendige Investitionen vom Land den Kommunen zur Verfügung gestellt werden, ist **nicht etwa die Bekämpfung der Überschuldung der Zweck.**

Im Gegenteil: die Gemeinden müssen sich neu verschulden und dazu noch gravierende Einschnitte in ihren Bürgeraufgaben vornehmen, um die Gelder überhaupt zu erhalten. Dieser rigorose Kürzungsplan wird hier in Witten als Sanierungsplan ausgegeben.

DASEINSVORSORGE NICHT IM MITTELPUNKT

Aus diesem Grund entfernen sich die Kommunen **immer mehr von ihrer eigentlichen Aufgabe der Daseinsvorsorge. Dafür gibt es keinen Grund.**

So wird der Investitionsstau in den Kommunen vom deutschen Städtetag auf ca. **130 Milliarden €** beziffert.

Das entspricht der Höhe der Schulden allein der Hypo Real Bank, die vom Steuerzahler getragen werden mussten.

Abgesehen von den anderen Banken, die staatliche Hilfe **bekamen, hätten also sämtliche fälligen kommunalen Investitionen alleine aus dem verbrannten Kapital der Hypo Real bedient werden können!**

Die Wahrheit hat nichts zu tun mit der Zahl der Leute, die von ihr überzeugt sind.
Paul Claudel



Inhalt

- 1/2 Detroit weit weg?
- 3 Wir wollen gewinnen
- 4/5 Zuschriften
- 6/7 Gas-Fracking
- 8 Verschwendung
- 9 Sommerfest
- 10 Taksim auch in Witten
- 11 9 Jahre Montagsdemo
- 12 Keine Kürzung bei den Kurzen



KONKURS FÜR KOMMUNEN IN PLANUNG

Noch können in Deutschland Kommunen keinen Konkurs anmelden. Doch das wird kommen.

Die Verschuldung der Staatshaushalte in Deutschland ist von 1,5 Billionen Euro 2008 auf **2,17 Billionen Euro in 2012** gestiegen. Dabei werden die Bürgschaften für die Banken erst fällig.

Das staatliche Krisenmanagement hat mit seiner Politik der Abwrackprämie und der Rettungsschirme die allgemeine Krisenanfälligkeit der kapitalistischen Weltwirtschaft auf die Staatshaushalte übertragen. Das sichert zwar die Profite der Banken und Konzerne, bedeutet aber den möglichen Staatsbankrott.

Vor diesem Hintergrund macht es aus kapitalistischer Logik heraus Sinn, die Kommunen in den Konkurs zu schicken. In Berlin gibt es bereits politische Bestrebungen, auch für die Kommunen Konkursverfahren einzuführen.

Das würde die Möglichkeit schaffen, Rechte und Rechtsansprüche, einschließlich der U 3 Betreuung, einfach aufzuheben.

Kommunen sind Teil des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Ihnen ist die Funktion zugewiesen, durch Umverteilung den Finanzkreislauf mit liquiden Mitteln aufrecht zu erhalten. Das funktioniert umso besser, je mehr die Verschuldung steigt.

PERSPEKTIVLOSIGKEIT ÜBERWINDEN

Die Etablierten in der Wittener Kommunalpolitik wissen genau, was

ihre jeweilige Partei in Bund und Land beschlossen hat und dass diese Beschlüsse zur finanziellen Ausblutung der Kommunen führten und weiter führen werden.

Dem Bürger versichern sie aber, auf seiner Seite zu stehen. **Das sind bloße Lippenbekenntnisse.** Am Kern der Sache, der Umverteilung, können und wollen sie nichts ändern.

Bei keiner Partei wird dieser heuchlerische Spagat zwischen den Regierungsvorgaben aus Berlin und Düsseldorf und der Anbiederung an den Wähler so deutlich wie bei der SPD.

Die Agenda 2010 von Kanzler Schröder hat die NRW-SPD seit 2004 jährlich 9.000 Mitglieder gekostet, jetzt hat sich der Abgang auf rund 3.000 pro Jahr verlangsamt.

Diese Krise wird die örtliche SPD nicht in den Griff kriegen, und wenn sie sich noch so deutlich von ihrer ehemaligen Wunsch- und Vorzeigebürgermeisterin distanziert.

AUF DIE EIGENE KRAFT VERTRAUEN

Im Vertrauen auf die bisherigen Repräsentanten der Politik sind die Probleme nicht lösbar. Das haben viele Menschen richtig erkannt.

Aber Ablehnung alleine reicht nicht. Der politische Kampf gegen die Ausblutung der Kommunen und für eine ausreichende kommunale Daseinsfürsorge **muss mit der Forderung nach vollständiger Niederschlagung aller Schulden der Kommunen geführt werden.**

Das ist, zugegebenermaßen, eine radikale Position, weil sie das Übel an der Wurzel (lat. Radix) packt. Es ist eine linke Position, weil sie damit auch die Frage aufwirft, wer eigentlich die Verfügungsgewalt besitzt über den gesellschaftlich erarbeiteten Reichtum.

Die Alternative dazu wäre aber ein Verfall der Städte und Gemeinden nach Detroiter Muster. Das ist nicht akzeptabel.

Die Bundestagswahl bietet sicher eine gute Gelegenheit, solche Fragen zu diskutieren, auch mit dem Ziel, mehr aktive Menschen für eine alternative Kommunalpolitik zu gewinnen.

Nur im Vertrauen auf die eigene Kraft gibt es eine lebenswerte Zukunft.

Wer sich hier engagieren will, ist bei *AUF Witten* genau richtig.

Infobox: Was ist und wofür steht AUF Witten?

AUF Witten ist ein überparteiliches Kommunalwahlbündnis. Niemand wird auf ein Programm festgelegt. Jeder, außer Faschisten, Nationalisten und religiösen Fanatikern, kann gleichberechtigt mitarbeiten. Wie Menschen unterschiedlicher Weltanschauung zu gemeinsamen Lösungen für die kommunale Daseinsfürsorge kommen, regeln unsere Grundsätze und Satzung. Damit haben wir seit Gründung 2003 sehr gute Erfahrungen gemacht. Seit 2004 ist *AUF Witten* mit einem Mandat im Wittener Stadtrat vertreten.

Die Buchstaben **A U F** bedeuten:

Alternativ • Unabhängig • Fortschrittlich

Im Rat sehen wir uns als Sprachrohr von kommunalen Bewegungen für eine lebenswerte Stadt mit Zukunft für unsere Jugend.

„WIR WOLLEN GEWINNEN!“

von Diana Vöhringer – Mitglied von AUF Witten

In der letzten Ausgabe von *Witten im AUFbruch* haben wir bereits über die Entwicklung der Solidarität und die Notwendigkeit eines selbständigen Streiks bei Opel in Bochum berichtet.

Das möchte ich in diesem Rahmen weiterführen, denn es hat eine weit über Opel hinaus gehende Bedeutung. Angesichts der Tatsache, dass sich die Wirtschafts- und Finanzkrise international vertieft, müssen nämlich auch andere Belegschaften mit Entlassungen in größerem Umfang rechnen, wie im Stahlbereich, bei Siemens oder bei e.on.



MEDIENSPERRE?

Seit dem großen Solidaritätsfest am 3. März 2013 in Bochum gab es verschiedenste kämpferische Initiativen der Opel-Kollegen in Bochum im Kampf um jeden Arbeitsplatz.

Am 21. Mai legten sie für über 4 Stunden die Arbeit nieder, führten kämpferische Betriebsversammlungen durch.

In der zweiten Juliwoche versammelten sich über 200 Kollegen zur Massendiskussion in verschiedenen Bereichen.

Von Vertrauensleuten wurde eine Unterschriftensammlung initiiert. Sie richtet sich gegen die Geheimhaltepolitik, keine Informationen an die Kollegen aus der Einigungsstelle zwischen Betriebsratsvertretern und Geschäftsleitung weiterzugeben, in der über die Zukunft der Kollegen entschieden werden soll. **Diese Einigung ist Mitte Juli offen gescheitert.**

Von den kämpferischen Aktionen erfährt man in den bürgerlichen Medien kaum etwas.

SOLIKREIS ARBEITET



Bild vom Solidaritätsfest am 3. März

ERFOLGREICH

Auch erfährt man kaum etwas über die erfolgreiche Arbeit des nach dem 3. März gegründeten *Solidaritätskreises für die kämpfenden Opelaner*.

Dieser hat sich unter anderem die Aufgabe gestellt, bereits im Vorfeld Geld für eine Streikkasse zu sammeln. **Eine Streikkasse deshalb, weil im Fall der Fälle die Gewerkschaft nicht zahlen darf.**

Im ach so demokratischen Deutschland gibt es nämlich, im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern, **kein Streikrecht für den Kampf um Arbeitsplätze oder für politische Forderungen.**

ES GEHT UM MEHR

Seit Anfang Mai wurden vom Solikreis bereits fast 27.000 Euro gesammelt.

Damit wird ein Zeichen gesetzt: **Wir geben nicht kampfflos auf!**

Wer kämpft, kann sich der Solidarität weit über das Revier hinaus sicher sein. So spendeten viele bereitwillig, in und vor Betrieben, bei der Montagsdemo, auf der Straße ...

Dabei bekamen wir auch die Frage zu hören: „Ist nicht schon alles gelaufen?“ – oft aber auch mit dem Nachsatz: „Aber eigentlich wäre es richtig zu kämpfen.“

Natürlich ist es richtig, zu kämpfen! Weil wir uns nicht der Logik hingeben können,

wenn die großen Konzerne beschließen, ist nichts mehr zu machen! Nein, **wir müssen von unserer Logik und unseren Interessen ausgehen, vor allem für die Zukunft unserer Kinder.**

Da geht es auch nicht einfach nur um die Arbeitsplätze, da geht es um viel mehr: Um eine lebenswerte Zukunft, wo nicht der Profit im Mittelpunkt steht, sondern der Mensch!

SOLIDARITÄT KEIN LEERES WORT

Unsere Solidarität gehört den Kollegen, die sich vorbehaltlos für diese Richtung des Kampfes einsetzen.

So Rainer Weinmann, ein Vertrauensmann, der wegen seiner kämpferischen Haltung und Reden auf der Aktion am 21. Mai von GM unter dem Vorwand abgemahnt wurde, er habe ein Absperr-Flutterband zerrissen. Zu Recht wehrt er sich dagegen vor dem Arbeitsgericht.

Sie gehört den Jugendvertretern bei Opel, die wegen ihres kämpferischen Eintretens für die Interessen der Jugend ständigem Mobbing und Ausgrenzung ausgesetzt wurden und dagegen klagen.

AUF Witten steht für die Losung:

„Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern“. **Deshalb organisieren wir auch die uneingeschränkte Solidarität mit diesem mutigen Kampf.**

„(Landrat) Brux habe wiederholt mit Bochums Oberbürgermeisterin Ottilie Scholz über die weitere Nutzung des Opel-Geländes ab dem Jahr 2014 gesprochen. Da dürfte es große Flächen geben, von denen auch der Kreis profitieren könnte.“ WAZ 18.7.

Das Schwein soll also verteilt werden, bevor es geschlachtet ist. So nicht, Herr Landrat!

ZUSCHRIFTEN

(LESERBRIEFE MÜSSEN NICHT DER MEINUNG DER REDAKTION ENTSPRECHEN)

KULTURFORUM PLANT SCHULDEN FÜR NEUE BÜCHEREI

(Nachfolgenden Leserbrief an die WAZ stellte uns der Autor freundlicherweise zum Abdruck auch in unserer Zeitung zur Verfügung - die Redaktion)

Politisch instinktos präsentiert der Leiter des Kulturforums, Dirk Steimann, seinen Plan, einen Kommunalcredit in Höhe von „gut zwei Millionen Euro plus/minus 20 Prozent“ aufzunehmen, um für die Stadtbücherei einen Anbau an das Museum in der Husemannstr. zu errichten.

1) Die Mehrheit unserer Bürger ist entschieden dagegen. Die über 12.000 Unterschriften unter das Bürgerbegehren bezeugen das. Genügend Zeit vorausgesetzt, wären sie auf über 50 % der Wahlberechtigten gesteigert worden.

2) Unnötige öffentliche Bauten mit vagen Kostenschätzungen empören die Öffentlichkeit. Die Bürger werden die verantwortlichen Politiker bei den Kommunalwahlen im nächsten Jahr abstrafen.

3) Der Käufer des Stadtbüchereigebäudes in der Ruhrstraße, der mit seiner IT- Firma dort ansässige Unternehmer Philip Lehmann, hat das Interesse, der Bücherei als Mieterin adäquate Räume bereitzustellen. Er will auch in der obersten Etage möglichst einen Kulturträger unterbringen und das Gebäude gesellschaftlich aufwerten. Warum wartet Herr Steimann nicht darauf, was daraus wird?



Das Büchereigebäude wurde verramscht, ein Bürgerbegehren ausgehebelt.

4) Wenn der Leiter des Kulturforums seinen Lieblingsplan auf undemokratische Art und Weise durchsetzen will, muss er sich fragen lassen: Ist es nicht an der Zeit, dass der Rat der Stadt die Selbstherrlichkeit des von ihm geschaffenen Kulturforums beschneidet, wie es die Kommunalaufsicht empfohlen hat?

5) Das Vorgehen von Herrn Steimann weckt Zweifel, ob eine Verlängerung eines Vertrages der Wittener Kulturpolitik gut tut.

6) Die Bürgerinitiative Stadtbücherei steht jedenfalls bereit, gegen sein Vorhaben zu kämpfen.

Dr. Alfred Kastning, Witten

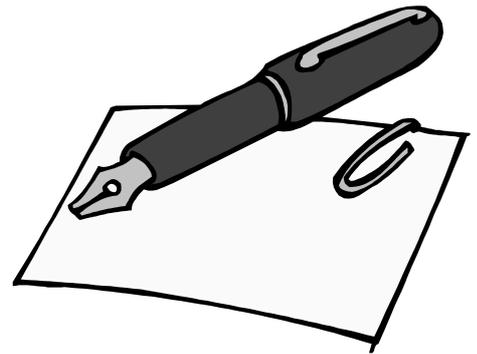


HANDLUNGSBEDARF

Meine Mutter befindet sich seit einiger Zeit im Pflegeheim, genauer gesagt im Lutherhaus Witten Bommern. Es ist nicht weit entfernt von der Bushaltestelle "Gasthaus Dt. Eiche", wo die Linien SB38 und 592 halten. Die Bushaltestelle befindet sich an der Straße in Richtung Wengern. Es gibt eine Verkehrsinsel, eine Ausweichroute jedoch nicht.

Der Aldi ist auch in der Nähe, ebenso die Haltestelle "Bommern Denkmal" - es gibt also noch die Linien 378 und 379, mit denen man in die Stadt fahren kann. Hört sich ja ganz gut an. Aber das ist es nicht.

Denn die Straße in Richtung Wengern ist eine Schnellstraße, wo gerne mal zügig gefahren wird. Der Weg zur Bushaltestelle schon alleine ist sehr holprig. Die Straßen sind schwer beschädigt, die schmalen Gehwege nicht nutzbar. Kommt man einmal zu der Verkehrsinsel,



sel, muss man unheimlich aufpassen, um sicher rüber zu kommen. Es gibt keinen Zebrastreifen und keine Warnzeichen. Die Einsicht ist schlecht. Schafft man es einmal heile über die Straße, beginnt das nächste Abenteuer. Der Gehweg ist extrem schmal, fällt stellenweise zur Straße hin ab, teilweise ist er durch Laternen verengt - und dazu schnell fahrende Autos.

Meine Mutter hat einen elektrischen Rollstuhl und ist durch einen Schlaganfall behindert, sodass sie nicht mehr alles zu 100% wahrnehmen kann. Ich habe es einmal erlebt, als wir vom Aldi zurückgegangen sind, dass sie aufgrund dieses engen, abfallenden Gehweges beinahe auf die Straße gestürzt wäre, wenn ich nicht da gewesen wäre. Mit geschätzten 70 km/h kam noch ein Auto auf uns zu. Glücklicherweise konnte ich sie noch auffangen, aber das hätte tödlich ausgehen können.

Deshalb bin ich der Meinung, dass sich jemand dieser Sache annehmen muss. Es kann nicht sein, dass man im Altenheim gefangen ist, wenn man keine Risiken eingehen will, nur um mal ein bisschen in die Stadt zu fahren. Es ist verantwortungslos, einen solchen Zustand zuzulassen. Das mindeste wäre hier ein Zebrastreifen mit Warnschild und eine Geschwindigkeitsbegrenzung für diesen Abschnitt auf 30 km/h. Das kostet nicht viel Geld und ist schnell gemacht. Ebenso sollte der Gehweg unbedingt verbreitert werden, sodass man sich dort sicher bewegen kann, insbesondere behinderte Menschen.

Ich hoffe, dass *AUF Witten* getreu dem Motto "Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern" mich dabei unterstützt, hier eine Verbesserung zu erwirken.

U.W. , Witten

Fortsetzung Zuschriften

INOBHUTNAHME: JEDE IST EINE ZUVIEL

Auf der Titelseite meiner Tageszeitung war zu lesen, dass im letzten Jahr in NRW 11.533 Kinder aus den Familien geholt wurden. Diese Zahl ließ mir den Schrecken in die Gliedmaßen fahren. Selbst wenn das dem Schutz der Kinder dienen soll, wo leben wir denn, wenn das überhaupt nötig wird?

Zufällig habe ich selbst einen kleinen Einblick in die Arbeitsbedingungen des Jugendamtes, von dem ja die Inobhutnahme gesetzlich durchzuführen ist.

Mich interessierte, wie viel Kinder vom Jugendamt „geschützt“ werden und wie das bei den MitarbeiterInnen so aussieht.

Eine Halbtagskraft kümmert sich um 42 Kinder, eine andere in Vollzeit hat 68 zu betreuen. Das sind bei zwei Mitarbeitern schon 110 Kinder.

Wissen diese Kinder, dass sie nur verwaltet werden (können), oder sehe ich das angesichts der Zahlenmenge etwa falsch?

Ich habe bei meinem eigenen Kind mitbekommen, dass in solchen Situationen kein wirklicher Schutz

geboten wird. Denn dazu braucht es hochqualifizierte Menschen, welche die eigentlichen Hilferufe der Kinder verstehen.

Es gibt Fälle, in denen die alleinerziehende Mutter kurz vor dem Nervenzusammenbruch steht und in einer solchen Situation alles braucht, nur nicht noch einen oder mehrere zusätzliche Termine zur „Beratung“, wo sie irgendwo hinfahren muss und das nicht mehr organisiert bekommt.

Hier fehlen eindeutig Kapazitäten beim Jugendamt für eine sofortige und praktische Hilfe im Haushalt, sodass die Mutter durchatmen und zur Ruhe kommen kann.

Wird das nicht sofort organisiert, spitzt sich die Situation nach meiner Erfahrung trotz Beratungen (oder gerade deswegen?) weiter zu. In einem mir bekannten Fall gab es einen Nervenzusammenbruch, die Mutter kam in die Klinik, das Kind in die Pflegefamilie.

Es müsste doch das Ziel einer systematischen Kinder- und Jugendhilfe sein, so etwas zu vermeiden.

Stattdessen wurde beispielsweise der ambulante Hilfebereich des Kinderheims Egge stark einschränkt und gekürzt, die ambulanten Hilfen sind im Vergleich zu den stationären wie Heimunterbringung und ähnliches, zurückgegangen.

So entsteht ein Teufelskreis, der im Jugendamt dazu führt, dass selbst mit Einsatz von immer mehr Geld dennoch immer weniger an Wirkung für die Kinder und die betroffenen Familien herauspringt.

P.E., Witten



**OFT TUT AUCH DER
UNRECHT, DER
NICHTS TUT.
WER DAS UNRECHT
NICHT VERBIETET,
WENN ER KANN,
DER BEFIEHLT ES.**

Marcus Aurelius

HP Pelzer Chemie

Neues im Fall des Vergiftungsopfers Peter Spyrka

Das deutsche Entschädigungs- und medizinische Gutachten-Recht ist über hundert Jahre alt. Es geht nicht davon aus, dass chemische Vergiftungen ihre tiefgreifenden Schäden oft erst nach Jahrzehnten entwickeln, was den Betroffenen es fast unmöglich macht, ihre Interessen geltend zu machen.

Von besonderer Bedeutung ist deshalb, dass Peter Spyrka nachweisen konnte, mit welchen Giften er kontaminiert wurde und dass die zuständigen Behörden ihre Pflichten versäumt haben.

Das begründet eine sonst nicht vorgesehene Umkehr der Beweislast, dass der Schädiger die Unschädlichkeit nachweisen muss und nicht der Geschädigte den Schaden.

Doch alle Gerichte setzten sich darüber hinweg, jetzt auch der Landtag und sein Petitionsausschuss, in dem alle Fraktionen vertreten sind.

Lesen Sie selbst im Original, mit welcher Kaltschnäuzigkeit schlagende Beweise und Nachweise beantwortet werden. Bilden Sie sich eine Meinung über die Antworten der Parteien darauf, dass Peter Spyrka sich nicht abspesen lassen wollte.

Jetzt neu im Internet unter

www.auf-witten.de

Landtagsdokumente HP Pelzer Chemie gegen Peter Spyrka

Im Bereich Umwelt finden Sie auch einen Gesamtabruck aller bisherigen Veröffentlichungen unter dem Titel:

Dokumentation HP Pelzer „Peter Spyrka und sein Kampf als Vergiftungsopfer von HP Pelzer Chemie“

FRACKING – EINE EINFÜHRUNG IN DIE PROBLEMATIK

Von René Schlüter – Mitglied im Vorstand von AUF Witten

In der aktuellen umweltpolitischen Diskussion nimmt das Thema Fracking einen zunehmend größer werdenden Anteil ein, weshalb wir uns hier und heute mit diesem Thema auseinandersetzen wollen. Dabei möchten wir zunächst das hierbei benutzte Verfahren kurz umschreiben, um danach auf die Risiken einzugehen und diese auch gerade mit Blick auf unsere Situation in Witten bzw. im Ruhrgebiet zu bewerten. Zum Abschluss möchten wir das Fracking auch noch energiepolitisch in unsere Zeit der abzusehenden und notwendigen Energiewende einordnen.

Bevor wir nun das Verfahren des Frackings beleuchten, möchten wir zunächst den eingedeutschten Begriff *Fracking* erklären. Der Begriff *Fracking* dient als Synonym für *Hydraulic Fracturing*, was direkt ins Deutsche übersetzt, soviel wie *Hydraulisches Aufreißen* bzw. *Hydraulische Risserzeugung* bedeutet.

Diese *hydraulische Risserzeugung* wird benutzt, um Erdöl oder Erdgas, das in Gesteinsformationen gespeichert ist, aus diesen zu lösen, um es dann mit großem wirtschaftlichem Gewinn für die betreibenden Unternehmen zu fördern. Doch was geschieht nun beim *Fracking*?

HYDRAULISCHE RISSERZEUGUNG

Mittels unzähliger Horizontalbohrungen innerhalb eines Fracking-Bohrfeldes, die jeweils einzeln gefrackt werden, wird mit gigantischen Wassermengen die Struktur von Gesteinsformationen partiell aufgebrochen, um das zu fördernde Erdöl bzw. Erdgas förderbar zu machen.

Danach wird das mit zahlreichen sogenannten Fracfluiden versetzte Brauch- bzw. Produktionswasser maximal mitsamt des zu fördernden Erdöles/-gases zurückgepumpt.

Die zuvor genannten Fracfluide sollen vor allem der nachträglichen Stützung des

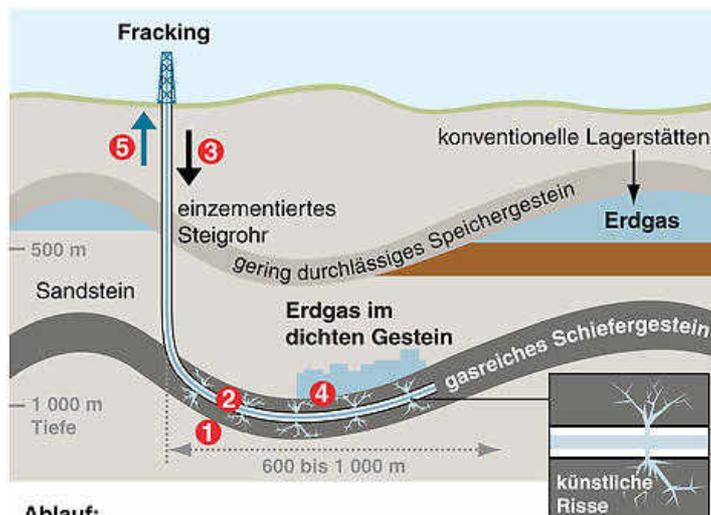
destabilisierten Gesteines dienen und bestehen aus einer ellenlangen Liste von zum Teil stark gesundheitsgefährdenden Chemikalien, wobei die Betreiberfirmen die Liste der von ihnen benutzten Fracfluide zum großen Teil geheim halten.

Die mannigfaltigen Fracfluide verbleiben teilweise im Gestein oder treten zu ca. 50% als Anteil des sogenannten Produktionswassers im Verlauf von ungefähr 30 Tagen nach dem Fracken am jeweiligen Bohrloch oberflächlich aus.



Erdgasgewinnung durch Fracking

Das umstrittene Fracking wird zur Gewinnung von Erdgas aus Gesteinsporen eingesetzt. In Deutschland wird das Gas in unkonventionellen Lagerstätten vor allem in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Nord-Hessen und dem Oberrheingraben vermutet.



Ablauf:

- 1 Horizontalbohrung: In die Lagerstätte werden lange Strecken gebohrt.
- 2 Das Steigrohr wird unten mit Löchern perforiert (Durchmesser 30 bis 40 cm).
- 3 Unter hohem Druck wird ein Gemisch aus Wasser, Quarzsand und Chemikalien durch die Löcher in das umliegende Gestein gepresst.
- 4 Durch den hydraulischen Druck entstehen Risse im Gestein, durch die das Gas fließen kann. Die Risse können sich horizontal bis zu 100 Meter und vertikal bis zu 10 Meter ausdehnen.
- 5 Das eingepresste Gemisch (Frack-Fluid) wird bis auf den Quarzsand und Chemikalienreste zurückgepumpt. Der Quarzsand hält die künstlichen Risse offen. Das eingeschlossene Gas strömt dem Bohrloch zu und kann nun gefördert werden.

dpa-17422

Quelle: Umweltbundesamt

Die hohe chemische Belastung des Produktionswassers macht nach deutschem Recht eine Lagerung in geschlossenen Tanks und eine aufwendige Wiederaufbereitung unerlässlich.

Zur Einordnung der entstehenden Menge von belastetem Produktionswasser und auch zur Einordnung des Verbrauches von Frischwasser sei noch kurz gesagt, dass man pro Bohrung mit einem Bedarf von durchschnittlich zehn Millionen Liter Frisch- und somit wohl Trinkwasser ausgeht.

Nach dieser hoffentlich nachvollziehbaren kurzen Erklärung des genutzten Verfahrens möchten wir uns nun den Risiken zuwenden.

RISIKEN DES FRACKINGS

Die Risiken des Frackings sind zum großen Teil Verunreinigungen und Schädigung der Umwelt durch die oben genannten unzähligen, zum Teil geheimen, Fracfluide und die zu fördernden Substanzen, aber wohl auch die generelle Destabilisierung von Gesteinsformationen.



ungefähre Lage von Witten

Dunkelgrau: "Regionen mit geologischen Voraussetzungen zur Bildung von Schiefergas(...)"

Hellgrau: "Bergbau Berechtigungen in Deutschland (Stand: 31.12.2011) mit dem Ziel der Exploration von Nicht-konventionellen Kohlenwasserstoffen, unter anderem auch der Aufsuchung von Schiefergas(...)"

Das schraffierte Gebiet stellt dabei das Erlaubnisgebiet der RWTH Aachen dar, sprich: Dort dürfen Probebohrungen getätigt werden.

Bearbeitungsstand: 31.12.2011

Quelle: Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR)

So können zum Beispiel im Gestein verbleibende Fracfluide durch die Gesteinsschichten ins Grundwasser bzw. ins Oberflächenwasser gelangen und somit in den Trinkwasserhaushalt.

Somit können sie auch mit Böden bzw. Gewässern in Kontakt gelangen, die zur Nahrungsmittelproduktion dienen und somit auch in unsere Nahrungskette.

Die nächste große Umweltproblematik besteht in den riesigen Mengen des entstehenden hoch belasteten Produktionswassers, das sicher gelagert und behandelt werden muss, was jedoch bei der riesigen beschriebenen Menge nur schwerlich nachvollziehbar sein dürfte.

Um nochmals die Gefährlichkeit der hierfür verantwortlichen Fracfluide zu unterstreichen, sei erwähnt, dass man im Produktionswasser eines Frackingunternehmens in den USA die unglaubliche Zahl von 579 ver-

schiedenen zum Teil hochtoxischen bzw. kancerogenen Chemikalien nachgewiesen hat.

Als eine weitere Umweltproblematik ist sicherlich auch der horrende Frischwasserverbrauch in Zeiten von zum Teil drastisch zurückgehenden Trinkwasserreserven zu sehen.

Ein weiteres Umweltproblem entsteht durch unterirdisch oder am Bohrloch entstehende Undichtigkeiten, wodurch z.B. das geförderte Methan, gewässer- bzw. biotoxisch wirken kann und außerdem als hochgefährliches Treibhausgas (24-mal so gefährlich wie CO₂) in unsere Atmosphäre gelangt und so den menschlich ausgelösten Klimawandel drastisch verstärken kann.

Zur Problematik der Destabilisierung von Gesteinsformationen sei nur die Wirkung auf seismisch aktive Gebiete bzw. auf Gebiete mit Bergschäden hinterfragt.

FRACKING IN WITTEN?

Zum Thema Fracking in Witten muss man das Fracking in der BRD beleuchten. Hier zeigt sich eine etwas unübersichtliche Situation.

So sagte der aktuelle Umweltbundesminister, Fracking dürfe nicht in der Nähe von (Trink-) Wassergewinnungsgebieten betrieben werden, diese verteilen sich jedoch mit Blick auf NRW auf nahezu das gesamte Land bzw. sind durch das vorhandene Gewässersystem miteinander verbunden.

Erschwerend kommt nun aber hinzu, dass Probebohrungen in Deutschland nicht etwa nach den Umweltgesetzen, sondern nach dem Bergrecht, das die Umweltgesetze zum großen Teil außer Kraft setzt, genehmigt werden können, weshalb es auch in NRW schon Probe-

bohrungen gibt, obwohl der Landesumweltminister das Fracking einstweilen untersagt hat.

FRACKING UND DIE ENERGIEWENDE

Wie in der Einführung schon angerissen, wurde das Fracking ursprünglich entwickelt, um den Fördergrad bestehender Erdöl- und Erdgasbohrungen zu erhöhen, um mittlerweile auch zur Lösung von sogenanntem Schiefergas (Erdgas) aus noch nicht angebohrten Gesteinsformationen zu dienen.

Kurz gesagt soll das Fracking somit zur Effektivitätssteigerung der Förderung von fossilen Brennstoffen dienen.

Das Fracking ist somit der Versuch, eine schon als **nicht zukunftsfähig** erkannte Form der Energieerzeugung länger am Leben zu erhalten, wobei noch riesige Mengen an finanziellen und lebensnotwendigen Ressourcen (Wasser und generell unsere Umwelt und Gesundheit) blindwütig in reinem Profitgebahren verschleudert werden.

Das *Fracking* ist mit Blick auf eine Energiewende hin zu erneuerbaren Energien nichts weiter als ein zudem noch **hochgefährlicher Anachronismus**, den es im Sinne ja eigentlich der gesamten menschlichen Zivilisation mit allen gesellschaftlichen und politischen Mitteln zu bekämpfen gilt.

Zum Abschluss möchten wir in alter Tradition auf das AUF Witten-Motto *Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern* verweisen und alle Interessierten zu unserer **Informationsveranstaltung zum Thema Fracking am 25.10.2013 einladen.**

**Infoveranstaltung
von AUF Witten**

**Thema:
Fracking**

**Freitag, den 25.10.2013
19 Uhr**

**Café Jané
Bahnhofstraße 48
58452 Witten**

VERSCHWENDUNG UND PLANLOSIGKEIT

von Romeo Frey, Sprecher im Vorstand von AUF Witten

Nach 6 Jahren bestätigt ein Gutachten im Auftrag des städtischen Rechnungsprüfungsamtes, was jeder schon am ersten Tag sehen konnte: bei der Erneuerung der Husemannstraße im Jahr 2007 wurde gepfuscht. Die Rede ist gar von Betrug, also mit Vorsatz. Nachhaltige Konsequenzen jedoch werden nicht gezogen, obwohl diesbezügliche Vorschläge von AUF Witten seit Jahren auf dem Tisch liegen. Nicht nur zum Tiefbauamt, sondern überhaupt, wie mit dem öffentlichen Eigentum umgegangen wird. Aber das wundert nicht. SPD, CDU, FDP und Grüne haben sich bisher jeder unserer Forderungen zur Transparenz und Kontrolle in trauter Gemeinsamkeit verschlossen. Ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat der Stadtwerke und in anderen Gremien lässt keinen anderen Schluss zu.



AUSSER SPESEN NICHTS GEWESEN?

Die Stadt will die Kosten für das „teure Gutachten, das komplett von der Stadt bezahlt wurde“, zurückfordern. „Das Verfahren läuft“, so Stadtbaurat Dr. Bradtke. Mehr wohl nicht.

Offenbar ist man gewillt, bezüglich anderer kritischer Punkte keine weiteren Konsequenzen zu ziehen und über die Sache Gras wachsen zu lassen.

- Der damalige verantwortliche Abteilungsleiter (und jetzige Leiter des Tiefbauamtes) hat die Endabnahme gegenüber der Straßenbaufirma, obwohl selbst dabei, nicht abgezeichnet, sondern (vorsichtshalber?) seinem Stellvertreter überlassen. Bescheinigt wurde: „keine Mängel“. Schwer vorstellbar, dass ein Diplom-Ingenieur z.B. die durchgängig mangelhafte Ausführung der Mittelnaht (siehe unser Foto aus dem Jahre 2011) nicht erkennen kann.

- Offen wird von einer „zu großen Nähe des Tiefbauamtes zur Baufirma“ gesprochen. Ist damit „Korruption“ gemeint und wer ist beteiligt?

KEIN EINZELFALL

Vor 2 Jahren gab AUF Witten einen



Durchgängig mangelhafte Mittelnaht der Husemannstraße (Teilstück, eigenes Bild Anfang 2011)

Überblick über gravierende Missstände, und zwar alle im Verantwortungsbereich von Stadtbaurat Dr. Bradtke:

Kanalerneuerung Akazienweg, Unregelmäßigkeiten bei der Sanierung Turnhalle Grundschule Buchholz, Mehrkosten infolge Inkompetenz bei Dachsanierung Pestalozzischule, Bau und Unterhaltung Bushaltestelle Rathaus, Kanalerneuerung Ardeystraße.

2 Jahre nach unserer Veröffentlichung liegt zur Abwasserkanalsanierung Ardeystraße ebenfalls ein Bericht vor. **Jetzt also amtlich bestätigt:** Innerhalb von fünf Jahren wurde die Fahrbahndecke **unnötigerweise zweimal** erneuert, **Mehrkosten 75.000 €**.

Was immer wieder als **einzelne Pannne**, diesmal der ESW, dargestellt wird, ist in Wahrheit **die Unfähigkeit, vorausschauend zu planen. Flickwerk als Prinzip**. Das kann jeder an den zahlreichen Baustellen und am gesamten Straßennetz in Witten selbst beobachten.

KONTROLLE ABGELEHNT

Der lässige Umgang mit kommunalem Eigentum zieht sich durch **alle Bereiche** der Stadt. So kritisiert AUF Witten seit langem das **Investitionsverhalten der Stadtwerke**. Sie **reden** von grünem Strom, aber **investieren** das Geld in

Kohlekraftwerke wie in Lünen. **Wie sich herausstellt ein Millionengrab!**

Lange bevor die Stadtwerke Witten öffentlich erklärten, entgegen der Planung keinen Überschuss in den städtischen Haushalt einbringen zu können, hatten wir bei der Bürgermeisterin eine Anfrage **zu drohenden Verlusten** aus der Beteiligung am Kohlekraftwerk Lünen des Stadtwerkeverbundes Trianel gestellt. Als Aufsichtsratsvorsitzende der Stadtwerke, die zu Hundert Prozent der Stadt gehören, hat Bürgermeisterin Leidemann diese Anfrage des gewählten Ratsmitglieds Achim Czulwick (AUF Witten) **einfach ignoriert**.

Für 2014 rechnet das Trianel-Kraftwerk Lünen mit einem Verlust von 100 Millionen €. Daran ist die ewmr (Stadtwerke Bochum, Herne, Witten) zu 25 Prozent beteiligt.

Eine Tochter der ebenfalls beteiligten Stadtwerke Flensburg **ist deshalb schon insolvent**. Nach den für das Kohlekraftwerk Lünen geltenden Stromlieferverträgen kostet die abzunehmende Energie **viel mehr, als an der Strombörse**.

Die Stadtwerke Gronau verschoben ihren Jahresabschluss 2012 wegen drohender Verluste von ca. 1,5 Mio € aus der Beteiligung am Kohlekraftwerk Lünen. Diese wird jetzt heftig diskutiert.

Nicht jedoch in Witten. Hier wird die Kontrolle unterlaufen und die „Opposition“ schaut zu! Sie hat das ja im Aufsichtsrat selbst mitbeschlossen!

Aus dieser Nummer kommen sie nicht raus, auch wenn die SPD ihre Bürgermeisterin wegen Wahltaktik fallen lässt.

Tiefbauamt, Stadtwerke, Kulturforum ... **Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern!**

GELUNGENES SOMMERFEST

Wer gut kämpft, kann auch gut feiern

von Dirk Adamczak, Mitglied von *AUF Witten*

Gemeinsam mit Freunden, Montagsdemonstranten, Courage-Frauen, Ausflüglern und Spaziergängern feierte unser Kommunalwahlbündnis am 14. Juli sein traditionelles Sommerfest am Hammerteich.

Die etwa 50 Teilnehmer verbrachten bei schönem Wetter einen entspannten Nachmittag in einer angenehmen Atmosphäre und mit zahlreichen Gesprächen. Interessenten konnten sich dabei über die alternative Politik von *AUF Witten* informieren.

Zu Gast war auch Ulrich Achenbach von der mit uns befreundeten „Sozialen Liste Bochum“.

Auf's Korn genommen wurde die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung und ihr inhaltloses Konzept zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.



„Keiner schiebt uns weg!“ Markus Freiburg und Romeo Frey am Akkordeon

Die Teilnehmer des Sommerfestes zeigten sich solidarisch mit dem Kampf der Opelaner gegen die Werksschließung und für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Für die Streikkasse der Belegschaft von Opel Bochum konnten 18 € an Spenden gesammelt werden

Auszug aus den Grundsätzen von *AUF Witten*

- *AUF Witten* ermutigt die Betroffenen, für ihre gegenwärtigen und zukünftigen Belange selbst aktiv zu werden und hilft ihnen, ihre Interessen durchzusetzen.
- *AUF Witten* ist keiner parteipolitischen Richtung verpflichtet. In *AUF Witten* können Menschen unterschiedlicher Weltanschauung gleichberechtigt zusammenarbeiten.



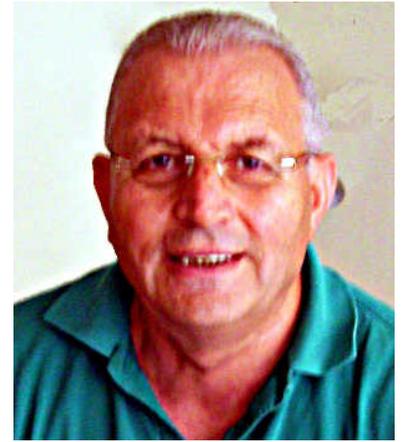
Unser Ratsmitglied Achim Czylwick beim Grillen

TAKSIM IST AUCH IN WITTEN!

von Hüseyin Çolak – Mitglied von AUF Witten

Am 28.6. führten Wittener türkischer Herkunft zusammen mit AUF Witten und anderen eine Solidaritätskundgebung vor der Stadtgalerie durch. Es ging um die Unterstützung des demokratischen Protestes in der Türkei, ca. 50 TeilnehmerInnen und etliche Passanten verfolgten interessiert die Diskussion am offenen Mikrofon.

Gute Ratschläge in Sachen Demokratie an die Türkei allerdings wollte keiner der Beteiligten erteilen, so wie das arroganterweise die Vertreter der westlichen Regierungen in den USA und der EU tun. Denn auch an ihrer Politik, und sei sie angeblich noch so demokratisch, gibt es berechnete und massive Kritik der Menschen. Es geht also um Gemeinsamkeiten, um Solidarität im Kampf um ein besseres Leben.



BREITER PROTEST

Nicht zufällig war Ausgangspunkt des Widerstands, den Gezi-Park als eine der wenigen verbliebenen Grünanlagen im Herzen Istanbuls vor Regierungsplänen zu schützen, auf ihm einen Gebäudekomplex aus Einkaufszentrum und Luxuswohnungen zu errichten. Immer mehr wird begriffen, wie wichtig die Umwelt für unser Leben ist.

Doch Ministerpräsident Erdogan sucht keinen Dialog mit der Protestbewe-

gung über ihre Forderungen. Stattdessen wurde massiv die Staatsmacht eingesetzt. Die als Terroristen verunglimpfte Taksim-Plattform besteht aber aus **118 verschiedenen Organisationen** (Gewerkschaften, Sozialverbänden, Umweltgruppen, Fußballmannschaften, Greenpeace, amnesty, Parteien usw.):

Umweltschützer protestieren gegen eine Politik für Baukonzerne auf Kosten der Umwelt.

Jugendliche für ihr Recht auf Bildung und gegen die Bildungspolitik, sie zu einer „frommen Generation“ zu formen.

Arbeiter und Beamte gegen eine Wirtschaftspolitik, die Reiche reicher und Arme ärmer macht.

Frauen gegen eine frauenfeindliche Politik, die sie gesellschaftlicher Diskriminierung aussetzt.

Journalisten gegen Medienkonzerne, die aus Profitsucht nur eine regierungsfreundliche Berichterstattung zulassen.

Weite Teile der Bevölkerung, weil sie verschiedene Rechnungen mit der Erdogan-Regierung offen haben.

Der demokratische Protest, Ausdruck

einer angestauten Wut gegen einen selbstherrlichen und autoritären Regierungsstil, hat das ganze Land erfasst. Die Antwort der Regierung: Verstärkung des Staatsterrors, selbst nach dem Urteil gegen die Bebauung.

Die Zahl der Verletzten und Festgenommenen geht in die Tausende. Mittlerweile sind 4 Menschen gestorben. Einer wurde vor laufender Kamera erschossen, der Schütze, ein Polizist, ist wieder auf freiem Fuß.

DIE BESTE SOLIDARITÄT IST DER EIGENE KAMPF

Heute schaut bei allem die Welt zu, so lernt man voneinander und hilft sich gegenseitig. Es ist weltweit praktizierte Solidarität, den Mächtigen Kontra zu geben.

Nirgendwo gibt es einen Grund, Ungerechtigkeiten und Willkür hinzunehmen.

Auch in Witten nicht. Seit Jahren handelt die Stadtverwaltung nach der Devise, Bürgerinteressen zu ignorieren, ins Gegenteil zu verkehren oder ins Leere laufen zu lassen. Wie zuletzt beim Theater um die Stadtbücherei, mit dem ein Bürgerbegehren mit über 12.000 Unterschriften ausgehebelt wurde.

Das nächste Projekt ist die Gestaltung des Kornmarkts, eine interessante Parallele zu Istanbul. Kriegen wir einen Gezi-Park oder profitable Prestigebauten? Ein Kampf für eine grüne Lösung lohnt sich allemal.

Taksim ist auch in Witten!



ZEIT ZU KÄMPFEN!

von Ulrich Wagner, Mitglied im Vorstand von AUF Witten

Seit nunmehr neun Jahren wird jeden Montag in Deutschland demonstriert, in immer noch über 100 Städten. Das sind neun Jahre Widerstand gegen Hartz IV im Besonderen, aber vor allem für eine menschenwürdige Gesellschaft. Nach neun Jahren stellt sich die Frage, ob man nicht langsam aber sicher müde wird. Ganz gewiss kein Zeichen von Müdigkeit ist auf der Wittener Montagsdemo zu spüren - im Gegenteil: Jeden Montag werden immer neue Gründe geliefert!



**Gehorche und alles ist gut?
Das muss nicht sein!**

Immer wieder kommen neue Fälle ans Tageslicht. Bei einem jungen Pärchen ist der Mann von heute auf morgen aufgrund einer Verletzung von der Zeitarbeitsfirma entlassen worden. Er fand nach relativ kurzer Zeit wieder Arbeit und begann 3 Tage vor Monatsende. Das Arbeitslosengeld I wurde aufgrund der Arbeitsaufnahme eingestellt. Nun fehlt für die nächsten zwei Monate das Geld für Miete, Strom, Auto und Essen.

Da findet jemand also Arbeit, hat fast nichts mehr zu Essen und steht mit einem Bein auf der Straße, weil er Arbeit aufgenommen hat.

In einem anderen Fall beim JobCenter Witten sollte eine sog. Kundin an einer Maßnahme teilnehmen. Diese umfasste 5 Tage pro Woche 6 Stunden Arbeit. Es sollte gestrickt, genäht und gehäkelt werden. Sie selbst hätte gerne die Zeit genutzt, sich einen vernünftigen Job zu suchen, indem sie in Geschäfte und Betriebe in ganz Witten geht. So erhält sie nichts dafür und wenn sie nicht zur Maßnahme geht, wird die Leistung gekürzt.

Das erweckt den Eindruck, dass der eigene Kampf um einen Arbeitsplatz nicht erwünscht ist. Das Beispiel Opel Bochum (siehe dazu Seite 3) aber zeigt, dass man um die Entscheidung für den Kampf nicht herum kommt. Ist es nicht die größte Sorge von Konzernen und

Regierung, dass die Menschen massenhaft auf die Straße gehen? Und zwar nicht nur für Arbeitsplätze, sondern, wie auf unserem Montagsdemo-Transparent steht: Für eine menschenwürdige Gesellschaft!?

Davon sollen Sie abgehalten werden. Dass man Sie fertig macht, passt genau dazu! Kultur- und Freizeitaktivitäten werden für Sie tabu und so eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu einer immer größeren Hürde. Viel lieber sollen Sie sich nur noch darum sorgen, dass sie am Monatsende noch irgendwo etwas zu Essen herkriegten.

Wenn Sie nicht mehr weiter wissen, dann sollen Sie zum Arzt gehen und sich auf Depressionen untersuchen lassen. Dieser verschreibt Ihnen gerne ein Medikament, das Sie ruhig stellt. Da kann man den alltäglichen Psychoterror wohl besser ertragen?!

So erging es einem Diabetes-Erkrankten beim JobCenter EN. Er erhielt 6 Monate nicht einen Cent an Leistungen. Trotz eindeutiger Nachweise, dass er nicht in einer Bedarfsgemeinschaft lebt, wurde ihm genau dieses unterstellt.

Das ganze ging so weit, dass er es nach langem Kampf geschafft hat, über das Landesgericht Dortmund eine Eilentscheidung zu erwirken, um die gesamten Leistungen zu erhalten.

Aber auch hier reagierte das JobCenter nicht. Im Gegenteil hat das JobCenter versucht, die Eilentscheidung aufheben zu lassen. Ein Skandal erster Güte!

Und so müssen kranke Menschen zusehen, dass sie nicht draufgehen.

Wie lange wollen wir uns das noch gefallen lassen? Auf einen Superhelden oder einen Stellvertreter, der alles zu Ihren Gunsten umdreht - darauf können Sie lange warten! Drehen Sie den Spieß doch mal um: **Stellen sie diejenigen an**

den Pranger, die Sie erst in diese Situation gebracht haben.

Genauso wenig wie Sie sich in privaten Dingen vorschreiben lassen, was Sie zu tun und zu lassen haben, sollten sie es sich im gesellschaftlichen Leben und in der Politik gefallen lassen!

Es ist höchste Zeit aufzustehen und in Bewegung zu kommen. Wenn Sie wollen, dass mehr Menschen auf die Straße gehen, dann kommen Sie doch zu unserer Montagsdemo, denn **auch Sie sind gefragt, wenn mehr Menschen auf die Straße sollen.**

Die Gelegenheit bietet sich **jeden Montag in Witten um 17 Uhr an der Nordstraße**. Im Anschluss geht es dann noch zum gemeinsamen Kaffeetrinken.

Eine ganz besondere Gelegenheit ist die **jährliche Herbstdemo in Berlin**. Gemeinsam mit benachbarten Montagsdemos organisieren wir einen Bus nach Berlin zu einem unschlagbar günstigen Preis, damit auch jeder mitfahren kann.



Die traditionelle Herbstdemo in Berlin ist ein Muss im Kampf gegen Hartz IV!

Herbstdemonstration

am Samstag, 19. Oktober 2013

in Berlin

Informationen zur Fahrt und Demo:

www.bundesweite-montagsdemo.com

www.auf-witten.de

KEINE KÜRZUNG BEI DEN KURZEN!

von Agathe Czulwick, Mitglied im Frauenverband Courage e.V. Witten

„Der Spielplatz im Lutherpark ist dreckig, der Spielplatz am Voßschen Garten langweilig“ - so oder ähnlich lautet das Urteil vieler Kinder auch über andere Spielflächen in Witten. Was nicht verwundert. Seit 3 Jahren (!) arbeitet die Stadt an einer „Qualitätsoffensive“ für Kinderspielplätze. Währenddessen gammeln diese weiter munter vor sich hin - wenn sich nicht Eltern, wie z.B. am Gemeindeneck, um Pflege und Instandhaltung kümmern.

Die „Qualitätsoffensive“ entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als grandiose Mogelpackung: Von den 92 Spielflächen in Witten sollen 29 aufgegeben und das Gelände verkauft werden. Von der Hälfte des Erlöses sollen sogenannte „Mittelpunktsflächen“ entstehen mit qualitativ besserer Ausstattung. Wunderbar!?



WEIT AB VON ZU HAUSE

Statt wohnortnah sollen die Spielplätze zentraler in den Stadtteilen liegen. **Nur: wie kommen die Kinder da alleine hin? Wie kann man sie beaufsichtigen?** Dieses familien- und kinderfeindliche Konzept wird mit der sinkenden Einwohnerzahl Wittens und dem geänderten Spiel- und Freizeitverhalten der Jugend gerechtfertigt.

Zweifellos sitzen etliche Kinder lieber vor ihrer Playstation, als draußen zu toben, wodurch sie immer unbeweglicher werden. **Soll das noch gefördert werden**, in dem durch lange Wege zusätzliche Hürden aufgebaut werden?!

WIDERSTAND

Die **Gemeindeneck-Anwohner wehren sich zu Recht** gegen die Aufgabe des Spielplatzes und verdienen unsere volle Unterstützung. Mit **ihrem anhal-**

tenden Widerstand und dem Angebot eines Pachtvertrags mit der Stadt haben sie **den Ausverkaufsplänen** kommunalen Eigentums vorerst **einen Strich durch die Rechnung gemacht**.

Doch ist es richtig, der Stadt Geld dafür zu geben, in Eigenregie einen Spielplatz unterhalten zu dürfen?

In der Politik müssen Kinderinteressen und die bestmögliche Förderung ihrer Entwicklung **absolute Priorität** haben. Aus dieser Verantwortung darf die Stadtverwaltung nicht entlassen werden.

SYMBOLISCHE PACHT

Deshalb dürfte, wenn aus Gründen der Familienplanung die Eltern einen langfristigen Pachtvertrag sinnvoll finden, der finanzielle Beitrag hierfür allerhöchsten symbolisch sein, z.B. 1 Euro. Zumal die Stadt das Anliegen eines Pacht-

vertrags nicht ernst nimmt, auf 5 Jahre befristen will und Mondpreise verlangt.

Denn ihr Ziel ist, durch Verkauf von Bauland die klammen Kassen zu sanieren – auf Kosten der Kinder. Das ist nicht zu akzeptieren! Während jährlich rund 15 Millionen Euro an Zinsen den Banken in den Rachen geworfen werden, sind der Stadt die Erhaltung der Spielplätze gerade mal 120.000 Euro im Jahr wert, weniger als 1 Prozent davon.

Da ist die Forderung von *AUF Witten* genau am Punkt:

„Keine Kürzung bei den Kurzen! - Aussetzung der Zinszahlungen an die Banken!“

Infos zu Courage über Dorith Barth
courage-witten@arcor.de
 T: 02302-760169
www.courage-witten.de

Termine zum Mitmachen, wir sehen uns!

- **Mo., 12. August:** 9. Jahrestag Montagsdemo in Witten, 17 Uhr am Berliner Platz
- **Mo., 2. September:** Montagsdemo zum Antikriegstag, 17 Uhr am Berliner Platz
- **Fr., 25. Oktober:** Info-Abend zum Gas-Fracking, 19 Uhr, Café Jané, Bahnhofstraße 48
- **Sa., 2. November:** Info-Stand von *AUF Witten*, 11 - 13 Uhr am Berliner Platz

Impressum: presserechtlich verantwortlich sowie Informationen zur Arbeit von AUF Witten:

Romeo Frey • Bebbelsdorf 43 • 58454 Witten ☎ 02302 / 81953 • eMail info@auf-witten.de

Spendenkonto: Nr. 665 224 • Sparkasse Witten • BLZ 452 500 35

Besuchen Sie uns auch im Internet unter: www.auf-witten.de